

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl NRW 2022

Die LiveInitiative NRW (LINA) e.V. vertritt zusammen mit der Kölner Klubkomm e.V. die freien Musikspielstätten, Clubs, Veranstalter:innen und unabhängigen Festivals in Nordrhein-Westfalen.

In Vorfeld der am 15. Mai 2022 anstehenden Neuwahl des Landtages haben wir den im Landtag vertretenen demokratischen Parteien Gelegenheit gegeben, auf unsere Fragen Stellung zu nehmen.

Hier nachfolgend haben wir für Euch die Antworten der Parteien zusammengestellt:

1. Fördersituation der Veranstaltungsbranche

Im Gegensatz zur Bundesebene existieren auf Landesebene derzeit nur vereinzelt spezifische Programme zur langfristigen Förderung einer vielfältigen Veranstalter:innenbranche. Sehen Sie die Möglichkeit, in Zukunft auch auf NRW-Ebene vermehrt Angebote für Akteure der freien Veranstaltungsbranche, wie Clubs und Festivals sowie freie Veranstalter:innen, zu schaffen? Inwiefern möchte Ihre Partei die Arbeit landesweiter Netzwerke (z. B. des PopBoard NRW) unterstützen? Von besonderem Interesse ist für uns außerdem, wie Sie die bisherige Ungleichbehandlung unabhängiger Popkultur gegenüber traditionellen und bereits erheblich geförderten Kulturbetrieben zukünftig überwinden möchten.

Weiterhin interessiert uns, mit welchen Maßnahmen Sie die Sicherung von Kulturräumen und damit den Erhalt und die Förderung der Musikinfrastruktur in NRW im Sinne der Neuen Leipzig Charta vorantreiben möchten. Welche konkreten politischen Instrumente stehen Ihnen hierfür auf Landesebene zur Verfügung?

Besonders in ländlichen Gebieten NRWs sehen sich Veranstalter:innen von Festivals jedes Jahr mit einer unsicheren Finanzierung ihrer Aktivitäten konfrontiert. Welche Maßnahmen möchten Sie ergreifen, um Festivalveranstalter:innen eine mittelfristige und jahresübergreifende Bestandsabsicherung zu gewähren? Wären mehrjährige Förderzusagen für kleinere Festivals (z. B. bis 10.000 Tagesbesucher:innen) denkbar?



Wir haben in den vergangenen fünf Jahren die gemeinsame Initiative des Landesmusikrats und der Popkulturszene zum popBoard NRW aufgegriffen und möchten diese auch weiterhin nachhaltig unterstützen. Die Startphase haben wir bereits durch finanzielle Mittel aktiv begleitet. Mittelfristig erwarten wir den Aufbau von Förder- und Stipendienprogrammen, die helfen, künstlerische Potenziale in unserem Bundesland zu erkennen und voranzubringen.

Zudem haben wir in den vergangenen fünf Jahren sowohl die Zuschüsse für kommunale Theater und Orchester angehoben als auch die Landesförderung für öffentliche Musikschulen verdreifacht sowie die Freie Szene substanziell gefördert. Auch weiterhin werden wir die Freie Szene in allen Sparten stärken und unsere neuen Fördermodelle ausweiten, um Ensembles Planungssicherheit und die Ausbildung von unterstützenden Strukturen zu ermöglichen.

Mit sogenannten „Dritten Orten“ geben wir Impulse für eine sinnvoll gebündelte kulturelle Grundversorgung im ländlichen Raum, im Rahmen dessen wir bereits 26 Projektideen umgesetzt haben.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl NRW 2022



Im Rahmen des Kulturstärkungsfonds der Landesregierung werden auch Festivals gefördert. Dieser Förderbereich muss weitergeführt werden. Insbesondere ländliche Räume brauchen unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung, um Kultur flächendeckend anbieten und für alle Teile NRW zugänglich zu machen. Weitere Fördermöglichkeiten, wie auch mehrjährige Förderzusagen, werden wir prüfen. Unser Ziel ist eine möglichst flächendeckende, nachhaltige und unbürokratische Förderung aller Sparten, insbesondere auch der kleineren Initiativen und Einrichtungen.



Die Kunst- und Kulturszene in NRW bietet uns allen eine große Dichte verschiedenster Museen, Clubs, Konzertsäle, Bühnen und freier Angebote. Kultur und die Künste unterhalten nicht nur. Sie sind das Lebenselixier unserer Demokratie, sie geben Impulse und halten der Gesellschaft kritisch den Spiegel vor. Dass Clubs erstmals auch rechtlich als kulturelle Orte anerkannt sind, begrüßen wir sehr. Wir werden in NRW dafür sorgen, dass dies rechtlich entsprechend umgesetzt wird und Clubs vor Verdrängung geschützt werden. Initiativen wie das PopBoard NRW, das von den Grünen mitgetragen wurde, sind dabei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Für eine bessere und verlässliche Kulturförderung stärken wir außerdem die Finanzen der Städte, Gemeinden und Kreise. Denn sie sind wichtige Geldgeber für die Kultur vor Ort. Mittelfristig entwickeln wir die Förderlandschaft des Landes weiter und machen sie krisenfest.



Unsere Kulturpolitik ist geprägt von der gleichmäßigen Wertschätzung der verschiedensten Erscheinungsformen von Kunst und Kultur. Aus dieser Haltung wollen wir die Breite und Vielfalt der Kulturszene unseres Landes stärken. Dies gilt für die institutionelle Kultur, die verschiedenen Sparten der freien Szene sowie die Breitenkultur. Es ist unser Ziel, die Popkultur als wesentlichen Teil der NRW-Kulturszene aktiv zu unterstützen. Wir wollen ihre kulturelle und wirtschaftliche Stellung – auch auf internationaler Ebene – stärken. Dazu möchten wir die Schaffung der nötigen Strukturen zur Stärkung der Popkulturszene aktiv begleiten und fördern. Dies soll im engen Austausch mit Verbänden und Vertreterinnen und Vertretern der Szene geschehen. Hierbei wollen wir insbesondere das PopBoard NRW beim Aufbau von Förder- und Stipendienprogrammen unterstützen. In dieser Legislatur haben wir das PopBoard NRW mit einer Finanzierung von mittlerweile 550.000 € im Haushaltsjahr 2022 als starkes Netzwerk und Schnittstelle für Künstlerinnen und Künstler, Politik und Verwaltung initiiert.

Zur Stärkung der Kulturszene NRW wollen wir den Akteurinnen und Akteuren bestmögliche Bedingungen für die qualitative Weiterentwicklung ihres Programms bieten und ihre Angebote für ein möglichst großes und vielfältiges Publikum erschließen. Dazu zählt auch die Sicherstellung der Kulturangebote im ländlichen Raum durch Erhalt und Stärkung der Infrastruktur vor Ort. Viele Kulturstätten sind im schlechtem baulichen Zustand, entsprechen nicht dem neusten Stand der Technik, sind vielerorts nicht barrierefrei und nutzen die Möglichkeit der Digitalisierung nicht im erforderlichen Rahmen. Insbesondere bereitet die inhaltliche Neuausrichtung auf die veränderten Anforderungen des Publikums Probleme. Hier ist das Land gefordert, Kommunen und Landschaftsverbände bei dieser überregionalen Aufgabe zu unterstützen. In Bezug auf die Neue Leipzig-Charta haben wir gefordert, die Verabschiedung aktiv unter Einbeziehung der Metropolregionen und Städte in NRW zu unterstützen. Wir begrüßen, dass die neue Bundesregierung den Städtebau an der Neuen Leipziger Charta orientieren will.

Wie eingangs ausgeführt, ist unsere Kulturpolitik geprägt von der gleichmäßigen Wertschätzung der verschiedensten Erscheinungsformen von Kunst und Kultur auch mit Sicherstellung der Kulturangebote im ländlichen Raum. Eine stärkere

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl NRW 2022

Vernetzung der Kultureinrichtungen im ländlichen Raum untereinander und mit anderen Institutionen ist die Basis dafür. Wir setzen uns für die Stärkung des Programms „Dritte Orte“ ein und wollen einen Landesfonds für die Stärkung kultureller Infrastruktur im ländlichen Raum entwickeln. Ein solches Förderprogramm soll lokale Initiativen unterstützen, die Kultureinrichtungen wie z. B. kleine Bühnen oder Programm-Kinos wieder in Betrieb nehmen, sanieren oder ihren Weiterbetrieb sichern. Dafür setzen wir weiter auf die enge Zusammenarbeit mit den Kommunen und Landschaftsverbänden, die wesentliche Träger der Kultur im ganzen Land sind.

2. Verstetigung und Ausbau von Hilfsprogrammen zur Eindämmung der Pandemiefolgen

Die Veranstaltungsbranche wurde von der Corona-Krise schwer getroffen. Wie steht Ihre Partei zur Verstetigung und zum Ausbau von Hilfsprogrammen für die Club- und Veranstaltungsbranche auf Landesebene?



Für uns ist es wichtig, einen kurzen Draht zu den Betroffenen aus der Schausteller- und Veranstaltungsbranche zu pflegen und gemeinsam Lösungen zu finden. Wir wissen, dass sie ganz besonders von der Corona-Krise betroffen sind und waren. Deshalb haben wir uns in Nordrhein-Westfalen immer wieder mit Nachdruck und erfolgreich für eine Verlängerung der Überbrückungshilfe eingesetzt.

Die Einnahmesituation der Künstlerinnen und Künstler werden wir dabei auch weiterhin verbessern und ihre soziale Absicherung dauerhaft sicherstellen. Dazu streben wir eine gemeinsame Lösung der Länder mit dem Bund an. Mit mehrjährigen Förderungen sorgen wir zusätzlich für eine Entbürokratisierung und schaffen neue Förderrichtlinie für die Kultur- und Kreativwirtschaft.



Immer noch leidet die Veranstaltungsbranche unter der ungewissen Corona-Zukunft. Doch Menschen brauchen auch in unvorhersehbaren Zeiten finanzielle Sicherheit, und das ganz unabhängig davon, ob Corona-Fallzahlen nun steigen oder fallen. Die SPD hat sich während der ganzen Pandemie stets für schnellere und unkomplizierte finanzielle Hilfen für die Veranstaltungswirtschaft ausgesprochen – von den Schaustellern bis zu Messebauunternehmen. Im parlamentarischen Prozess ist dazu etwa der Antrag mit der Drucksache 17/9944 „Überbrückungshilfen für Schausteller, Marktstandbetreiber und die Veranstaltungsbranche“ aus dem Juni 2020 Ergebnis der Gespräche mit Branchenvertreterinnen und -vertretern. Wir werden nicht aufhören, uns für die Beschäftigten in der Veranstaltungsbranche einzusetzen, bis es für sie eine Lösung gibt. So haben wir z.B. ein Existenzsicherungspaket für weiterhin eingeschränkte Branchen gefordert, das bestehende Bundesprogramme wirksam ergänzen und Einnahmeausfälle in wesentlichen Teilen auffangen würde.



Die Kunstförderung darf nicht allein am Output orientiert sein, sondern muss auch die soziale Sicherung der Künstler*innen zum Ziel haben. Von Seiten des Landes NRW werden wir bis zum Ende der Pandemie die Stipendienprogramme fortsetzen und dann evaluieren, welche Elemente zu einer dauerhaften Kulturförderung gehören können. Wir Grüne stehen für eine transparente, beteiligende und vielfältige Kulturpolitik und setzen uns auch künftig für eine deutliche Erhöhung der Kulturförderung im Land ein. Dabei werden wir neben den etablierten Kunstformen auch weiterhin die freie Kunstszene und Soziokultur fest im Blick haben. Unser Ziel ist, dass die NRW-Kulturszene nach der Corona-Krise wieder als Nährboden unserer offenen und vielfältigen Gesellschaft auflebt. Künstler*innen, Bühnentechniker*innen, Bühnen und Kulturvereine brauchen dafür finanzielle Sicherheit.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl NRW 2022



Besonders von der Pandemie betroffene Branchen können weiterhin mit Hilfen und Unterstützung rechnen. Unser Ziel ist es aber, dass die Branche wieder ohne staatliche Hilfen ausreichend eigene Umsätze erwirtschaften kann. Hilfsprogramme auf Landesebene werden wir deshalb regelmäßig auf ihre Notwendigkeit und Angemessenheit überprüfen.

3. Datenerhebung

Im Laufe der Corona-Krise wurde deutlich, dass es für die Implementierung zielgenauer Hilfsprogramme an aussagekräftigen Daten der Veranstaltungsbranche mangelt. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, zukünftig ein dauerhaftes Monitoring der Musiklandschaft auf Landesebene anzustreben und zu fördern?



Die Kultur- und Kreativwirtschaft bildet einen wesentlichen Standortfaktor in Nordrhein-Westfalen. Deshalb denken wir sie in der konzeptionellen Kulturförderung mit und werden einen Kulturwirtschaftsbericht vorlegen, um Datenmaterial für eine zielgenaue Förderung zu generieren. Darüber hinaus haben wir uns während der coronabedingten Einschränkungen für die Veranstaltungsbranche stets dafür stark gemacht, dass es keine Reihe eng umgrenzter Förderprogramme für jede einzelne Branche gibt. Stattdessen sind wir überzeugt, dass Hilfe effektiv, schnell und unbürokratisch in jedem Einzelfall erfolgen musste und muss – gleich ob es um einen Messebauer, einen Caterer, einen Glühweinstand, einen solo-selbstständigen Soundtechniker oder einen Saalbetrieb geht. Im Bund haben wir uns dafür eingesetzt, branchenübergreifende Hilfsprogramme stetig zu verbessern, damit die Hilfe ankommt.



Kulturpolitik braucht Kulturstatistik als Basis ihrer konzeptionellen Entwicklung und zukünftigen Ausgestaltung. Sie inhaltlich und methodisch weiterzuentwickeln sowie strukturell und finanziell abzusichern, war und ist auch unser Ziel. Dieses Ziel voranzubringen, kann nur gemeinsam und in Kooperation gelingen – mit Akteur*innen aus Kulturpolitik von Bund, Ländern und Kommunen, den Kulturverbänden sowie den datenproduzierenden, -vermittelnden und -nutzenden Akteur*innen aus Forschung, Aus- und Weiterbildung und der kulturellen Praxis. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um diesen weiteren Schritt in der Kulturpolitikentwicklung zu gehen.« Setzen wir uns also gemeinsam dafür ein, was in anderen Politikfeldern bereits gegeben und erprobt ist: eine starke Kulturstatistik in Deutschland!



Generationen von Politiker*innen haben ihn versprochen: den Bürokratieabbau. Auch wir können die Bürokratie nicht abschaffen, aber wir machen sie digitaler, schneller und effizienter und bauen so Belastungen für Selbstständige und Unternehmen ab. Unser Ziel ist es, dass Unternehmen sämtliche Behördenkontakte, Statistikpflichten und Steuerangelegenheiten über eine zentrale Plattform abwickeln können. Behördliche Entscheidungs-, Genehmigungs- oder Prüfungsprozesse werden wir mithilfe digitaler Anwendungen beschleunigen und – wo das möglich ist – ganz automatisieren. Dazu werden wir in einem Beteiligungsprozess mit Öffentlichkeit und Unternehmen bis Ende 2023 Maßnahmen für eine digitale Strukturreform für die Landesbehörden und kommunalen Verwaltungen erarbeiten. Solo-Selbstständige und kleine Unternehmen werden wir von übermäßigen Bürokratieanforderungen und Aufzeichnungspflichten entlasten, indem wir Bagatellgrenzen einführen bzw. anpassen, Statistikabfragen bündeln und das Prinzip der Änderungsmitteilung (Daten werden nur bei signifikanten Veränderungen übermittelt) ausweiten.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl NRW 2022



In unserer Regierungsverantwortung haben wir gemeinsam mit dem Musikrat NRW das Konzept PopBoard NRW entwickelt. Dabei handelt es sich um eine neuartige Einrichtung, die alle Aktivitäten rund um die Themen Popkultur-Förderung und popkulturelle Nachwuchsförderung bündelt. Es arbeitet eng mit den Künstlerinnen und Künstlern zusammen. In diesem Rahmen soll mit einer Musikwirtschaftsstudie für NRW unterstützt werden, da die Strukturen der popkulturellen Szene in NRW bisher nicht ausreichen, um alle Potenziale auszuschöpfen. In diesem Zusammenhang kann ein Monitoring-System entwickelt werden.

4. Städtebauliche Maßnahmen zur Sicherung von Kulturräumen

Inwiefern unterstützt Ihre Partei die Anerkennung von Musikspielstätten als Anlagen kultureller Zwecke? Welche Möglichkeiten der Auflösung des Konfliktes von Spielstätten und Clubs mit Anwohner:innen – sowohl im innerstädtischen als auch ländlichen Bereich – sehen Sie? Wäre im Zuge der geplanten Anpassung der BauNVO auch eine Anpassung von Landesvorschriften, wie etwa der sogenannten Freizeitlärmrichtlinie oder der StellplatzVO denkbar?

Wie könnte aus Ihrer Sicht das „Agent of Change“-Prinzip in Verfahren der städtebaulichen Entwicklung integriert werden?

Welche Maßnahmen sollten Ihres Erachtens im Zuge eines Bürokratieabbaus für Genehmigungsverfahren ergriffen werden? Diese Frage betrifft insbesondere Verfahren der Nutzungsänderung, die etwa Zwischennutzungen oder eine vorübergehende Nutzbarmachung von Gewerbebrache anstreben. Wie lassen sich verlässliche Laufzeiten von Genehmigungsverfahren erzielen?

Auf kommunaler Ebene existieren in Nordrhein-Westfalen unterschiedliche Systeme zur Erhebung der Vergnügungssteuer. In vielen Kommunen wird auf Clubveranstaltungen keine Vergnügungssteuer erhoben. Innerhalb größerer Städte NRWs führt die Erhebung jedoch zu einer erheblichen finanziellen Belastung der Clubs und Veranstalter:innen. Wie beurteilen Sie – auch mit Blick auf die Veränderung des Kulturbegriffs in Folge aktueller BFH-Urteile (vom 10.06.2020 (Az. V R 16/17); vom 23.07.2020 (Az. V R 17/17) – die Möglichkeit, auf Landesebene von der Gesetzgebungskompetenz aus Art. 105 (2a) GG Gebrauch zu machen und den Verzicht auf die Erhebung einer Vergnügungssteuer für Kulturveranstaltungen in Clubs zu beschließen?



Wir wollen uns auch weiterhin dafür stark machen, dass Kultur Menschen verbindet und Heimat gestaltet. Mit einem eigenständigen Kulturministerium haben wir bereits seit 2017 eine Vielzahl von Initiativen zur Stärkung von Kunst und Kultur auf den Weg gebracht und den Kulturhaushalt mit zusätzlichen 100 Millionen Euro schrittweise um 50 Prozent erhöht.

Die von uns neu geschaffenen Freiheiten der Bauordnung wollen wir nutzen, um das Thema Umnutzung zu fokussieren. Wir werden dazu die Möglichkeiten der Nutzungsänderungen erleichtern und fördern die Stadt der Zukunft u.a. mit Kultur, Start-Up-Szene und Gastronomie in den Zentren. Die über die Landesinitiative „Zukunft. Innenstadt. Nordrhein-Westfalen“ etablierte professionelle Koordination für die Innenstädte stärken wir dauerhaft. Über die Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes werden wir dafür sorgen, dass mehr Flexibilität bei der Ausweisung von Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen geschaffen

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl NRW 2022

wird, um den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen zukunftsfähig zu entwickeln.



Leider war uns hier keine Antwort möglich.



Kultur braucht Platz! Sie gedeiht in Erfahrungs- und Freiräumen – und zwar am besten mitten unter uns, dort, wo die Menschen leben und arbeiten. Wir schützen und schaffen Kulturräume in ganz NRW und machen unsere Städte und Dörfer damit lebenswerter. Wir unterstützen Kommunen, die eine kulturelle Zwischennutzung leerstehender Gebäude ermöglichen wollen, z.B. durch die Übernahme von zeitlichen und finanziellen Verbindlichkeiten, wie etwa Versicherungskosten: Wir unterstützen die Kommunen finanziell bei der Organisation von Reallaboren, in denen Visionen für die Entwicklung konkreter Maßnahmen entwickelt werden. Auch Landesgebäude und freistehende Flächen des Landes eignen sich für solche kulturellen Projekte oder Zwischennutzungen. Dafür machen wir den Weg frei. Wir werden NRW.URBAN und den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW dafür in die Pflicht nehmen, mit den Kommunen zu kooperieren. Wir passen die Anforderungen zum Lärmschutz so an, dass zwischen dem berechtigten Ruheinteresse von Anwohner*innen und den Anforderungen an lebendige Kulturräume ein fairer Ausgleich stattfindet.



In Quartieren und Nachbarschaften kann es aufgrund der unterschiedlichen Nutzungsinteressen von Anwohnern und Gewerbetreibenden zu Konflikten kommen. Für den Städtebau zählt für uns das Ideal der „Europäischen Stadt“ nach der Neuen Leipzig Charta: Wir wollen Treffpunkte mit hoher Aufenthaltsqualität und einer Mischnutzung. In der „neuen Mitte“ findet alles organisch zueinander, der Handel, das Wohnen, die Gastronomie und die Kultur. Die jeweiligen Verordnungen und Landesvorschriften müssen dies klarer widerspiegeln.

Wir brauchen schnellere Baugenehmigungen – durch Digitalisierung der Bauanträge, Verkürzung der Vollständigkeitsprüfung auf zehn Tage, mehr Wettbewerb zwischen den Kommunen. Durch durchgehend digitalisierte Prozesse – vom Bauantrag bis zur Weiterbearbeitung – wollen wir für eine zusätzliche Beschleunigung sorgen. Mit der sogenannten Innovationsklausel in der Landesbauordnung haben wir bereits die Möglichkeit geschaffen, Räumlichkeiten schneller und einfacher einer anderen Nutzung zuzuführen. Eine neue Nutzung im Innenbereich wird bei der Kommune angemeldet und gilt, sofern die Kommune nicht binnen eines Monats widerspricht, für die Dauer von zwölf Monaten als genehmigt. Wir wollen nun einen Schritt weitergehen. Zunächst soll die bisherige Innovationsklausel auch für den Außenbereich aktiviert werden. In einem zweiten Schritt wollen wir die Dauer der Genehmigung von zwölf Monaten auf 24 Monate ausweiten.

Wir stehen zum Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung. Eine Kommune kann mit entsprechender politischer Mehrheit gewerbliche Tanz- und Filmveranstaltungen sowie bestimmte Formen des gewerblichen Glücksspiels mit einer Vergnügungssteuer belegen. Eine entsprechende Änderung des Landesrechts ist bislang nicht geplant. In der Sache stehen wir der Erhebung weiterer Steuern und Abgaben vor Ort sehr kritisch gegenüber, denn unser Ziel ist vielmehr, die Abgabenlast insgesamt zu senken.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl NRW 2022

5. Nachhaltigkeit & Diversität in der Musik- und Veranstaltungsbranche

Städtische Kulturhäuser und die deutsche Musikwirtschaft im Allgemeinen sind auch heute noch vorherrschend "maskulin" und überwiegend "weiß" geprägt. Neben der bisher unzureichenden Diversität der Branche besteht jedoch auch in weiteren Bereichen dringender Handlungsbedarf. Auch Themen wie soziale und ökologische Nachhaltigkeit spielen zum jetzigen Zeitpunkt nur eine untergeordnete Rolle, obgleich ihre aktuelle Relevanz offenkundig ist.

Um das Bewusstsein für diese und verwandte Thematiken in den Kulturbetrieben zu erweitern, bedarf es effektiver unterstützender Maßnahmen seitens der Politik. Welche Programme existieren auf Landesebene für die Förderung von Nachhaltigkeit? Sind diese für die Veranstaltungsbranche zugänglich? Inwiefern ist es Ziel Ihrer Partei, Themen wie Klimaschutz, Diversität, Awareness, Equality und Barrierefreiheit in Zukunft in den Fokus von Förderprogrammen zu rücken? Mit welcher Gewichtung finden sich diese Themen im Kultur-Wahlprogramm Ihrer Partei wieder? Wie möchten Sie persönlich als Abgeordnete:r diese Themen konkret voranbringen?



Wir stehen für eine Politik der Gleichberechtigung und Teilhabe, die Diskriminierung und Barrieren aller Art abbaut.

Daher setzen wir uns für Diversität und soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern ein. Aufbauend auf dem erfolgreichen Gesamtkonzept Diversität und Teilhabe in Kunst und Kultur unterstützen wir die Gründung eines Kompetenzzentrums Diversität als Service- und Beratungseinrichtung. Wir sind überzeugt, dass auch das Thema Nachhaltigkeit Kunst und Kultur in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht betrifft. Als wichtige Innovationstreiber in kulturellen Einrichtungen werden wir innovativ-nachhaltige Ansätze fördern. Außerdem wollen wir mehr Inklusion, Integration und Diversität in den Medien schaffen und fördern barrierefreie Medienangebote.



KünstlerInnen geben wir Sicherheit, indem wir sie besser fördern, ihre soziale Absicherung ausbauen, die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern auch in der Kunst vorantreiben und für faire Honorarvereinbarungen sorgen. Wir werden bei Kulturförderung darauf achten, dass die Gendergerechtigkeit umgesetzt wird. Das im Kulturgesetz verankerte Mindesthonorar werden wir deutlich anheben. Der demokratische Wertekanon auf der Bühne muss auch das Handeln hinter dem Vorhang bestimmen. Dazu werden Hilfs- und Beratungsangebote sowie geeignete Kontrollmechanismen etabliert und weiterentwickelt sowie gegebenenfalls die Förderung beendet, wenn ein systemisches Fehlverhalten vorliegt. Wir werden ein umfangreiches Programm „Gute Kulturorte 2025“ auflegen, mit dem insbesondere kleinere Kulturorte auf den heutigen technischen, energetischen und barrierefreien Stand gebracht werden, aber auch digitale und hybride Formen oder Outdoor-Veranstaltungen ermöglicht werden können. Wir setzen wesentlich stärker auf die gesellschaftspolitischen Aufgaben der Kulturpolitik.



Jeder Mensch ist unterschiedlich, das macht unser Zusammenleben interessant und dynamisch. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen mit Selbstvertrauen und ohne Angst entfalten können. Die Chancen in unserem Land sind aber immer noch nicht gleich verteilt. Nach wie vor erleben Menschen wegen ihres Namens, aufgrund einer rassistischen Zuschreibung ihrer Religion, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, aufgrund einer Behinderung oder ihrer sozialen Herkunft Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl NRW 2022

oder in der Freizeit. Deshalb braucht es ein engmaschiges und niedrighschwelliges Unterstützungs- und Beratungsnetz für alle Formen von Diskriminierung. Die bisherigen Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit wollen wir flächendeckend ausbauen. Eine Landesantidiskriminierungsstelle vertritt diese Servicestellen auf Landesebene und schafft innovative Wege, um die Bevölkerung über Diskriminierungsformen aufzuklären. Mit eigenen Studien soll die Landesantidiskriminierungsstelle Diskriminierung und strukturelle Benachteiligungen offenlegen und gleichzeitig Handlungsempfehlungen für die Antidiskriminierungspolitik in NRW erarbeiten. Die Klimakrise und das Artensterben sind längst auch in Nordrhein-Westfalen angekommen, sie finden direkt vor unserer Haustür statt. Wir haben umfangreiche, durchdachte Konzepte für Naturschutz und Nachhaltigkeitsförderung im Bereich Energie, Verkehr, Bauen und Wirtschaft. Immer mehr Initiativen, Festivals und Spielstätten versuchen mit großem Einsatz, ressourcenschonender zu arbeiten. Wir unterstützen diese Bemühungen ebenso wie die Einrichtung einer „Green Culture Desk“-Beratungsstelle und eines „Green Culture“- Fonds des Bundes. Der Wandel geht nur mit einer mutigen Politik, die Vorsorge und Verantwortung endlich großschreibt und nicht im Reparaturmodus verharrt. Mit einem Klimaschutz-Sofortprogramm schlagen wir jetzt die Pflöcke ein, um unser Land möglichst vor 2040 klimaneutral zu machen und auf den 1,5-Grad-Pfad des Pariser Klimaabkommens zu kommen.



Durch unsere vielfältigere Gesellschaft haben sich auch die kulturellen Hintergründe der Menschen im Land verändert. Wir begreifen diese Vielfalt als Chance und Bereicherung, dessen Einflüsse die Kulturinstitutionen weiter aufnehmen und repräsentieren müssen. Dies muss sich über thematische Öffnungen der Programme und Produktionen, aber auch in der Integration von Künstlerinnen und Künstlern bis hin zur Besetzung von Leitungspositionen zeigen. Wir wollen diese Prozesse noch stärker unterstützen, damit Kunst nicht exklusiv oder elitär ausschließt, sondern die offene und integrative Gesellschaft lebt und fördert.

Die Breite und Vielfalt unserer Kulturlandschaft erfährt wesentliche Impulse von künstlerischer Spitzenleistung. Eine gleichzeitige Förderung von Spitze und Breite ist für uns kein Widerspruch, sondern Anerkennung eines integralen Zusammenhangs. Aus dieser Haltung heraus haben wir für einen deutlichen Aufwuchs der Kulturförderung NRWs um 50 Prozent gesorgt. Damit konnten wir für eine spürbare Stärkung der Kulturszene sorgen. Wir wollen diesen Weg fortsetzen und auch zukünftig den Kulturetats steigern mit einem jährlichen Zuwachs von 20 Mio. Euro. Ein Schwerpunkt soll dabei auf dem Ausbau und der Fortführung des Gesamtkonzeptes „Diversität und Teilhabe in Kunst und Kultur“ liegen mit einer weiter erhöhten Sensibilisierung sowohl der Öffentlichkeit als auch aller Akteurinnen und Akteure zur Diversität und Teilhabe als Querschnittsaufgabe im Kunst- und Kulturbereich, ebenso wie regelmäßige Fortbildungen dazu.

6. Vermeidung weiterer Betriebseinschränkungen im Herbst/Winter 2022/2023

Die Veranstaltungsbranche ist im Zuge der Corona-Pandemie seit knapp zwei Jahren nahezu durchgehend von Betriebsuntersagungen oder gravierenden Betriebseinschränkungen betroffen. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie vermeiden, dass es im Herbst dieses Jahres und im Winter 2022/2023 erneut zu Betriebseinschränkungen für Clubs und Musikspielstätten kommt? Welche pandemiebedingten Einschränkungen wären gegebenenfalls aus Ihrer Sicht akzeptabel oder zu erwarten?



Uns ist bewusst, dass die Veranstaltungsbranche besonders von der Pandemie getroffen war und aktuell noch ist. Wir setzen daher auf einen intensiven Dialog mit

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl NRW 2022

den Praktikerinnen und Praktikern der Branche, um gemeinsame Lösungen zu finden. Unternehmen mit guten Konzepten wollen wir verantwortungsvoll organisierte Veranstaltungen ermöglichen. Denn wir sind überzeugt: Auf Dauer helfen der Eventbranche nicht Staatsgelder, sondern Eintrittsgelder. Dennoch befinden wir uns weiterhin in einem langwierigen Prozess, in dem regelmäßige Anpassungen nötig sind, um eine weitere Ausweitung des Coronavirus zu verhindern und insbesondere die Risikogruppen unserer Gesellschaft zu schützen.

Projekte zur Qualitätssicherung für zusätzliche Hygiene- und Infektionsschutzmaßnahmen, wie sie der TÜV Rheinland gemeinsam mit der DEHOGA Nordrhein anbietet, sind dabei ein wichtiges Signal, um den Menschen mehr subjektive Sicherheit zu geben. Wir begrüßen daher freiwillige Hygiene-Zertifizierungen, mit der sich Gastronomen einer Kontrolle durch den TÜV unterziehen, um die Sicherheit für alle Beteiligten zu erhöhen.



Wir tun alles in unserer Macht Mögliche um eine weitere Corona-Welle zu vermeiden. Dazu ist eins der wirksamsten Mittel die Schutzimpfung, zu der wir alle Bürgerinnen und Bürger aufrufen. Außerdem empfehlen wir weiterhin das Beachten und Einhalten der Sicherheitsmaßnahmen wie Abstandhalten und das Tragen einer Maske. Sollte es tatsächlich zu einer neuen Pandemie-Welle kommen, kann man jetzt noch keine Prognosen zu den Auswirkungen und möglichen Einschränkungen kommen. Das hängt von vielen Faktoren ab, wie der Impfquote, der Inzidenzwerte, der vorherrschenden Virusvariante oder der Krankenhauskapazitäten. Daher können wir heute noch keine Aussage zu zukünftigen Maßnahmen treffen. Wir hoffen und arbeiten darauf hin, dass es zu keiner neuen Welle der Corona-Pandemie kommt.



Die Corona-Pandemie hat in den vergangenen 2 Jahren entsetzliches Leid über die Welt, Deutschland und auch über NRW gebracht. Große Teile der Wirtschaft und insbesondere der Kulturbereich wurde auf eine ernste Belastungsprobe gestellt. Das hat auch deutlich gemacht: Noch nie hatte die Landespolitik einen so großen Einfluss auf unser aller Alltag. Und es wurde offensichtlich, dass wir eine andere Politik als die der schwarz-gelben Landesregierung brauchen: eine Politik, die sich am Gemeinwohl orientiert, die vorausschaut und nicht nur auf Sicht fährt und von Krise zu Krise stolpert. Eine Regierung, die wirklich bereit ist, konsequent Verantwortung zu übernehmen. Dafür untersuchen wir die Förderstrukturen und beziehen vor allem die Erfahrungen aus der Corona-Krise mit ein. Wir achten besonders darauf, dass die Verwaltungen von Bund, Land und Kommunen in der Kulturförderung besser zusammenarbeiten und Kreativität nicht im Bestimmungs- und Zuständigkeitswirrwarr verpufft.



Wir sind optimistisch, dass sich mit der erfolgten weitgehenden Öffnung auch die Veranstaltungsbranche in absehbarer Zeit wieder normalisieren kann. Ihre kleinen und mittelständischen Betriebe leben eine hohe soziale Verantwortung. Gerade in der Krise haben sie dies gezeigt. Deswegen wollen wir Weichen stellen, dass sie nun wieder voll durchstarten können. Dazu benötigen sie vor allem Freiheiten zum Wirtschaften durch Entlastungen bei Bürokratie und Regulierung sowie Frei- und Spielraum für Investitionen. Belastungen durch Steuern und Abgaben wollen wir deshalb weiter senken. Wir werden die erfolgreiche Entfesselungsoffensive fortsetzen, für einen echten Bürokratiendeckel sorgen und die Förderung für die Digitalisierung kleiner und mittelständischer Betriebe weiter ausbauen.